

Ressort: Politik

Schulz und Schwesig fordern mehr Respekt für Ostdeutsche

Berlin, 13.09.2017, 13:19 Uhr

GDN - SPD-Chef Martin Schulz und dessen Stellvertreterin Manuela Schwesig haben angesichts der aktuellen Wut-Debatte im Wahlkampf zu mehr Respekt gegenüber den Ostdeutschen aufgerufen. Die "enorme Lebensleistung" der Ostdeutschen seit 1989/90 habe "gesellschaftlich lange keine angemessene Rolle gespielt", kritisieren die Politiker in einem Gastbeitrag für die Wochenzeitung "Die Zeit".

Die ostdeutsche Lebensleistung sei "auch in der deutschen Politik viel zu wenig gewürdigt worden". Die Ostdeutschen, so Schulz und Schwesig, hätten das Land und die Gesellschaft besser gemacht: "Sie haben den Umbruch mehrheitlich als Chance begriffen, ihre Zukunft mutig in die eigenen Hände genommen und gemeistert." So seien sie zu "gefragten Ratgebern" geworden, die Region habe sich neu erfunden, sei "dynamisch" und heute "Vorbild einer modernen Frauen- und Familien- und Gleichstellungspolitik". Und: "Ostdeutschland steht endlich vor dem nächsten wirtschaftlichen Sprung", befanden Schulz und Schwesig. Allerdings seien in der Vergangenheit in den neuen Ländern schwere wirtschaftspolitische Fehler gemacht worden, räumten die Politiker ein: "Viele mussten erleben, wie stolze Traditionsbetriebe aufgekauft und abgewickelt wurden; mit ihnen die Arbeitsplätze verloren gingen." Schulz und Schwesig forderten daher, die Treuhand-Akten publik zu machen: "Gerade weil die Treuhand ein Teil der deutsch-deutschen Geschichte ist, der als massive Ungerechtigkeit empfunden wurde, sollten wir die Unterlagen, wo immer es geht, veröffentlichen, zur Forschung freigeben." Darüber hinaus sprachen sich beide dafür aus, dass die Löhne in den neuen Ländern steigen, dass "Tarifbindung zum Normalfall" werde und die "willkürliche Befristung von Arbeitsverträgen" abgeschafft werden solle. Es brauche außerdem einen "Gerechtigkeitsfonds" speziell für Menschen, die im Zusammenhang mit ihrer DDR-Alterssicherung nach der deutschen Einheit erhebliche Nachteile erlitten hätten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-94580/schulz-und-schwesig-fordern-mehr-respekt-fuer-ostdeutsche.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619